

BürgerInnenbeteiligung und Stadterneuerung in Moabit

Nullnummer

# BLICKWINKEL

S.T.E.R.N.

über Moabit

## Zu dieser Zeitung

Das Ziel der Zeitung „Blickwinkel“ ist es, den Betroffenen der Stadterneuerungspolitik in Moabit Anstöße zu liefern und Fakten in die Hand zu geben, damit sie ihre Interessen aktiv vertreten können. Der 'Blickwinkel', aus dem berichtet wird, ist der der BewohnerInnen. Die Zeitung soll zu eigenem Handeln bei der Durchsetzung von Interessen ermuntern, dieses aber nicht ersetzen. Die Zeitung verbreitet Informationen über

- Stadterneuerungspolitik – die Möglichkeiten von BürgerInnenbeteiligung – die Aktivitäten der betroffenen BürgerInnen, der Kommunalverwaltung, der Senatsverwaltung, der Grundstückseigentümer, des Entwicklungsträgers S.T.E.R.N. und sonstiger Beteiligter.

Neben der reinen Informationsvermittlung wird die Redaktion vor allem folgenden Punkten Beachtung schenken

- Vernetzung von Initiativen (Betroffenenräten)
- Hintergrundberichte über Sanierungsmaßnahmen im Bezirk und deren Auswirkungen
- Verwaltungs- und Politikentscheidungen, Gremien- und Ausschussarbeit transparent machen; Erläuterung des Baurechts und des Mietrechts
- Forum bilden für Meinungsäußerungen, Diskussionen und Kontroversen aus dem Kreis der BewohnerInnen und PlanerInnen in Form von LeserInnenbriefen und außerredaktionellen Beiträgen
- Veröffentlichung von Adressen, Aktionen und regelmäßigen Treffs von BürgerInneninitiativen, Betroffenenräten, Parteien, anderen Organisationen
- Kommentare und Anstöße zu aktuellen Themen

In diesem Sinne wäre eine monatlich erscheinende Zeitung ein wichtiges Element aktiver BürgerInnenbeteiligung und damit praktizierter Demokratie!

Diese Nullnummer ist bis jetzt noch eine einmalige Angelegenheit. Wenn die fortlaufende Finanzierung gesichert ist, sehen wir uns mit einer weiteren Ausgabe im September 1990 wieder, pünktlich zum Turmstraßenfest.

Die Redaktion

# Die Redaktion:

Ich habe heute die Ehre und das Vergnügen, Ihnen die Redaktion Ihrer Erneuerungszeitung vorzustellen.

Beginnen wir mit Alexander Hahn, 29, in Kürze Diplompolitologe. Der Wahlberliner kommt ursprünglich aus Oberfranken, das ist dort, wo der berühmte Hefeweizen wächst. Alexander Hahn ist Hobbyschreiner und -bastler und trägt den Orden „Aktivist der Arbeit“. Gute Bekannte munkeln allerdings, daß er diesen Orden auf einem der Flohmärkte erworben hat, die seit dem vergangenen Herbst die Restbestände der DDR verkaufen. Nach Moabit hat es ihn eher zufällig verschlagen. Viel lieber würde er in einem Leuchtturm in der Ruhe der irischen Westküste leben. Sein Verhältnis zum Stadtteil bezeichnet er als „schwierig“. Und was macht es schwierig? „Hm – bißchen viel Hundescheiße“.

Selbst gemacht hat er unter anderem eine Uni-Zeitung, die „Besetzerpost“, die Moabiter Stadtteilzeitung „21“, die „Moabiter Times“. Bernd Rendel ist Mitglied in der Kulturinitiative „Mo 21“ und im Erweiterten Vorstand des „Moabiter Ratschlag e.V.“. Außerdem kann er ein langjähriges Studium der Juristerei an der FU Berlin vorweisen.

Ulf Millauer, 25, ist frischgebackener Diplomingenieur, genauer: Stadtplaner. Wohnt seit 6 Jahren in Berlin und fühlt sich wohl in Moabit, „weil hier was Interessantes passiert“. Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) seit Anfang 1989 und Gründungsmitglied des „Moabiter Ratschlag e.V.“, Doppelkopfspieler und Liebhaber bunter T-Shirts. Von ihm sind die meisten Fotos in dieser Zeitung.



Von links nach rechts: Silke, Alex, Ulf, Hannelore und Bernd

Silke Ammerschubert, 24, studiert Politologie und Islamwissenschaft. Kam vor 5 Jahren aus Bremen in den Berliner Norden und ist immer noch Fan von Werder Bremen. Gründungsmitglied der „Moabiter Times“ und dort unter anderem in der Betriebssportgruppe aktiv. Gehört zu den Gründungsmitgliedern des „Moabiter Ratschlag e.V.“. Im Übrigen unverheiratet und ohne Kinder, aber – leider – nicht mehr frei.

Bernd Rendel will über sein Alter nicht sprechen, verrät aber, daß er 1951 geboren ist. Und zwar in Moabit. Freier Journalist und Wirtschaftsexperte. Sein Leben war bestimmt von Zeitungen: Den Tagesspiegel hat er ausgetragen, die „taz“ in Kneipen verkauft, im Zeitungsladen sogar die BZ verschau-

Da wäre schließlich noch Hannelore Petroschka, 27, „Wahlmoabiterin“ seit vier Jahren. Als Studentin und Mutter von zwei Kindern vertreibt sie sich ihre Zeit in den spannenden Dauersitzungen des Bezirkseiternauschusses und des Bezirksschulbeirats. Hat daneben immer noch Zeit für die „Moabiter Times“ und den „Moabiter Ratschlag“. Und wünscht sich, eines Tages mal wieder in aller Ruhe in einem Straßencafé sitzen zu können, ohne auf die Uhr zu sehen.

Mich kennen die meisten sicher schon aus Gerüchten. Mein Name ist Uli Morgenstern, ein Enkel von Christian Morgenstern. Ich sammle Wörter und lebe zwischen den Zeilen. Mehr gibt es hier nicht zu sagen. Aber Sie werden mich kennenlernen...

# S.T.E.R.N. über Moabit

Seit dem 23. Mai 1990, 10.30 Uhr sind die Verträge mit S.T.E.R.N. unterzeichnet. Der Entwicklungsträger aus Kreuzberg soll jetzt auch Moabit auf die Sprünge helfen. Einst hervorgegangen aus der Internationalen Bauausstellung (IBA), Abteilung Altbauerneuerung, die seit 1979 in Kreuzberg tätig ist, erfüllt S.T.E.R.N. heute die Aufgabe, die Planung und Durchführung von Stadterneuerung zu koordinieren.

Stadterneuerung ist ein weiter Begriff für die Verbesserung der Lebensbedingungen in Gebieten, die bisher vernachlässigt wurden. Die Instandsetzung von Häusern ist notwendig, um den weiteren Verfall von Wohnraum zu verhindern. Stadterneuerung kann außerdem Neubau und Modernisierung bedeuten, zum Beispiel durch Einbau von Bädern und Innentoiletten. Die Wohnumgebung muß den Bedürfnissen der BewohnerInnen entsprechen; das heißt, es müssen mehr Grünflächen, Parks und ähnliches angelegt werden. Kindergartenplätze und genügend Einkaufsmöglichkeiten in den jeweiligen Schwerpunktgebieten der Stadterneuerung sind ebenfalls zu schaffen. Im Rahmen der Verkehrsplanung ist zu berücksichtigen, daß auf die Interessen aller VerkehrsteilnehmerInnen einzugehen ist.

Um diesen vielschichtigen Aspekten gerecht zu werden, ist der Entwicklungsträger S.T.E.R.N. eingesetzt worden, da die zuständigen Verwaltungen mit so einer Aufgabe überfordert sind. Doch ein weiterer Punkt ist für die Arbeit von S.T.E.R.N. wichtig. Die BürgerInnen müssen ihre Interessen äußern und durchsetzen können. Deswegen ist S.T.E.R.N. damit beauftragt, BürgerInnenbeteiligung an allen Plänen anzuregen und zu unterstützen.

Die Vertragsgebiete, in denen S.T.E.R.N. tätig sein wird, sind: Die Hutteninsel oder die sogenannte „Schwindeschweiz“, der Stephankiez und die Lehrter Straße.

Grundsätzlich will S.T.E.R.N. die soziale Planung mit der baulichen verbinden und dabei mit den Betroffenen zusammen planen. So würde S.T.E.R.N. zum Beispiel keinen Abriß von Altbauwohnungen befürworten, ohne vorher alle Möglichkeiten zu prüfen, die Wohnungen zu erhalten. Uli Lautenschläger von S.T.E.R.N.: „Wir haben uns in den vergangenen zehn Jahren den Ruf erworben, ein Gegner von Abriß zu sein“.

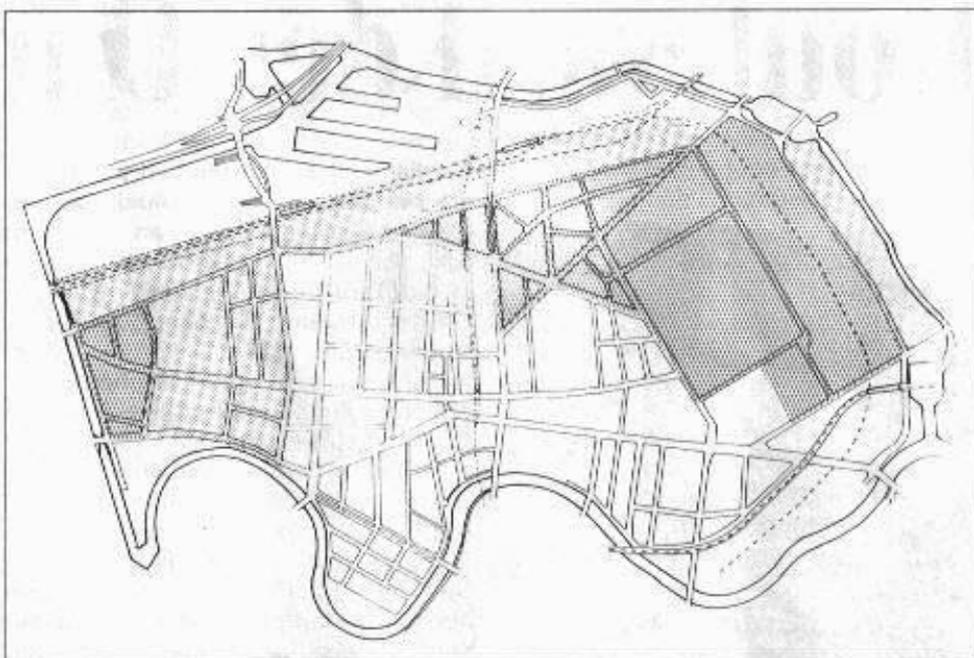
Im Juni will die Moabiter S.T.E.R.N.-Gruppe, die aus fünf PlanerInnen und einem Koordinator besteht, vor Ort in die neuen Büroräume in Alt-Moa-



Uli Lautenschläger von S.T.E.R.N.

bit 105a ziehen. Und im Rahmen der Förderung der BürgerInnenbeteiligung hat S.T.E.R.N. auch diese Nullnummer als „Anschubfinanzierung“ bezahlt. Im nächsten Jahr müßten die MoabiterInnen dafür kämpfen, daß die Mittel für die Stadterneuerung nicht gekürzt werden, sagt Uli Lautenschläger. Gerade im Innenstadtbereich seien die sozialen Probleme am schärfsten. Die soziale Belastung und die Folgen der

Zusammenlegung Berlins seien noch nicht absehbar. Da die Gelder in den nächsten zehn Jahren nicht reichlich fließen werden, sei es wichtig, sie möglichst treffsicher einzusetzen: „nicht mit der Gießkanne über den ganzen Bezirk ausschütten, sondern dort, wo es am notwendigsten ist“. Und um das zu garantieren, ist S.T.E.R.N. ja als Entwicklungsträger eingesetzt worden.



**Vertragsgebiet für den  
Entwicklungsträger  
S.T.E.R.N.:**

 Kernbereiche  
 Verflechtungsbereiche

Lehrter Straße:



Bauantiquitäten auf einem Hof in der Lehrter Straße

# Boulevard der Dämmerung



BLICK

Zugemauert: Lehrter Straße 35

Als Filmkulisse hat die Lehrter Straße oft erhalten müssen. Auch als die Blickwinkel-Redaktion an diesem Sonnabend den Betroffenenratsladen in der Lehrter Straße besucht, dreht ein Kamerateam ein paar Szenen für einen neuen „Tatort“. Vorher hatten wir uns schon in der idyllischen Kleingartensiedlung umgeschaut und den Bauantiquitätensammler besucht, der auf einem etwas versteckt liegendem Ort nahe dem Bahngelände unzählige Altbaustuckornamente und andere Kostbarkeiten ausstellt. In der Lehrter Straße kennen sich die Leute noch persönlich und es gibt einen intimeren Kontakt als in anderen Gegenden Moabits. Selbstironisch meinen sie: „Wir lieben unseren Slum.“ Wo wäre es denn zum Beispiel denkbar, daß ein paar Bekannte vom sonntäglichen Fußballspiel neben dem Poststadion in jahrelanger Kleinarbeit sich eine eige-

ne Nacht zimmern und damit um die Welt schippern können? Wo werden Kiezparties in leerstehenden Ruinen organisiert oder wo treffen sich die HausbewohnerInnen zum Frühstück auf dem Hof? Da ist es verständlich, daß manche BewohnerInnen der Lehrter Straße, die sich hier wohl fühlen, mehr Wildwuchs fordern und den diversen Planungsgruppen, die über die Lehrter Straße hergefallen sind, skeptisch bis feindlich gegenüberstehen.

Geplant worden ist über die Lehrter Straße schon viel, getan worden ist für die BewohnerInnen so gut wie nichts. Westtangente und Containerbahnhof, die jahrelang eine vernünftige Entwicklung im Lehrter Kiez verhindert haben, sind zwar endgültig vom Tisch; dafür gefährden jetzt Pläne für einen neuen Hauptbahnhof im Bereich des Lehrter Stadtbahnhofs und die

neu entflammten Olympischen Feuer, die auch im Poststadion brennen sollen, eine bewohnerInnenfreundliche Straßengestaltung.

Auch der Entwicklungsträger S.T.E.R.N. wird hier keinen leichten Stand haben. Trotzdem versucht er, mit den BewohnerInnen zusammen jetzt ein Konzept für den nördlichen Teil der Lehrter Straße zu erarbeiten. „Wir können nicht abwarten, bis alle überörtlichen Planungen geklärt sind“, sagt Helmut Rösener von S.T.E.R.N. „Wir müssen jetzt anfangen und ein Zeichen setzen, damit etwas getan wird. Deshalb konzentrieren wir uns auf den oberen Teil der Lehrter Straße bis hin zur Kruppstraße“.

Probleme gibt es hier genug. Auf der östlichen Seite soll das Sozialpädagogische Institut (SPI) mehrere Häuser in Treuhandverwaltung übertragen bekommen. Um das seit langem leerstehende Haus Lehrter Straße 35 bewerben sich mehrere Gruppen. Der Betroffenenrat soll hier mitentscheiden, welche Nutzung für den Kiez am wertvollsten erscheint. Hier wäre jedenfalls eine Chance, einen sozialen, kulturellen oder kommunikativen Treff für die Lehrter Straße aufzubauen.

Auf der anderen Straßenseite haben die MieterInnen mit privaten Hausbesitzern ihre Kämpfe auszutragen. Allen voran der als „Spekulant“ verschriene Herr Gautier, der öffentliche Modernisierungsgelder in Anspruch nimmt, die meisten handwerklichen Arbeiten aber von eigenen Subunternehmen billigst ausführen läßt und auf Beschwerden von MieterInnen nur sehr schwerfällig oder gar nicht reagiert. So stellten die MieterInnen nach erfolgter Modernisierung in der Lehrter Straße 55 fest, daß Wohnungstrennwände nur aus dünnen Rigipsplatten bestanden, was zwar die Kommunikation zwischen den Nachbarn enorm fördert, aber dem gelegentlichen Schlafbedürfnis einiger MieterInnen sehr entgegensteht. Die billigen DDR-Hausbriefkästen seien noch auf Harry Wittstock zurückzuführen, dem ehemaligen Vorsitzenden des CDU-lastigen Vereins „Berliner mit Herz e.V.“, der vor seinem Wegzug aus der Lehrter Straße auch für Gautier gearbeitet hatte. Der Hof muß indessen noch auf seine Fertigstellung warten. Nachdem die MieterInnen nur über Umwege von den Plänen des Eigentümers für die Hofgestaltung erfuhren, entwickelten sie zusammen mit dem Bezirksamt ein eigenes Hofkonzept. Als das vorlag, behauptete der Architekt der Eigentümergesellschaft, nun sei kein Geld mehr für die Hofgestaltung vorhanden; es sei schon alles ausgegeben. Besser kann nun wirklich nicht mehr demonstriert werden, daß „Bürgerbeteiligung“ überhaupt nicht erwünscht ist.



## Kleingartenidylle in einer vergessenen Ecke

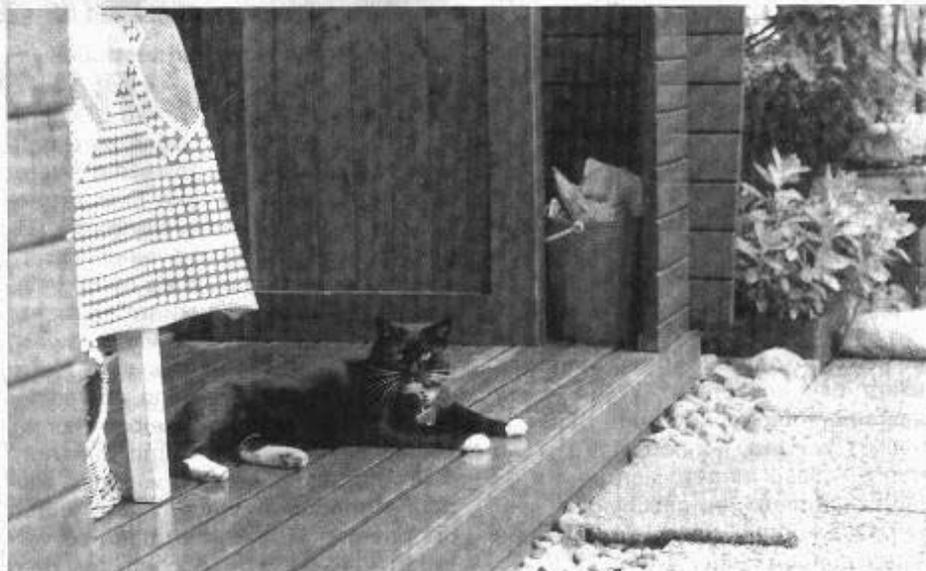
Die Kleingärten in der Lehrter Straße sind etwas Besonderes. „Da kann man so schön mal eben in der Mittagspause in den Garten gehen“, erzählt ein Neuköllner, der am Tegeler Flughafen arbeitet und an diesem Samstagmorgen gerade seinen Kleingarten jätet. Sein Nachbar, so berichtet er, hat zu beklagen, daß in seinem Garten an einer Stelle das Gras nicht wächst. Das muß wohl an dem besonderen Untergrund liegen, meint er. Die Kleingärten liegen auf dem Häftlingsfriedhof des ehemaligen Zellengefängnisses. „In den ersten Jahren haben wir beim Umgraben alle möglichen Scherben und anderes Gerümpel gefunden“.

Von den Gebäuden des Zellengefängnisses stehen noch zwei Backsteinhäuser, die ehemals das Wachpersonal bewohnt hat. Heute sind es normale Mietshäuser. Gegenüber liegt der ehe-

malige Friedhof der Gefängniswärter. Dort stehen noch heute hohe Bäume. Zum Ärger des Kleingärtners hat das Gartenbauamt Tiergarten kürzlich einige von ihnen gefällt.

Wenn demnächst das Poststadion für Olympia ausgebaut wird, soll ein Fußweg vom S-Bahnhof Lehrter Straße durch die Kleingärten zum Stadion führen. Darüber ist der Neuköllner Kleingärtner auch nicht glücklich.

Das Gelände, auf dem die Kleingärten liegen, ist noch aus einem anderen Grund etwas Besonderes: Während der Nazi-Zeit waren 306 Gefangene in den Seitenflügeln B und D des Zellengefängnisses eingekerkert. Seit 1944 nutzte es die Gestapo als Außenstelle. Sie folterte und ermordete dort Menschen aus dem Widerstand und brachte andere Gefangene von dort zur Hinrichtung nach Plötzensee.



# Wer kann sich das leisten?

Der Stephankiez ist ein Stadtviertel mit einer recht wechselhaften Geschichte. Bis zum ersten Weltkrieg lebten hier hauptsächlich Berufssoldaten, Werkmeister und Arbeiter aus den Moabiter Industriegebieten. Während der Weimarer Zeit entwickelte sich eine enge Verknüpfung von Arbeiten und Wohnen. In den Hinterhäusern befanden sich Handwerksbetriebe. Die kleinen Läden versorgten den Kiez mit den notwendigen Gebrauchsgütern. In den Eckkneipen spülten sich die Arbeiter den Ärger des Tages hinunter. Politische Auseinandersetzungen wurden manchmal auch mit Hilfe der Fäuste ausgetragen.

Bald nach 1933 war diese Zeit vorbei. Die Folgen des Zweiten Weltkrieges sind noch bis heute an der Ecke Lübecker/Perleberger Straße zu sehen. Nach dem Kriege wurde das Viertel vernachlässigt. Die kleinen Tante-Emma-Läden mußten den Supermärkten weichen und die schönen Häuser aus der Gründerzeit verkamen. Die Handwerksbetriebe konnten sich ebenfalls nicht mehr halten, die hier tätigen Menschen zogen aus dem Kiez weg.

Je mehr die Häuser verfielen, desto mehr wurden sie zu Objekten von Spekulanten. Diese kauften billige Häuser, um sie dann weiter verwahrlosen zu lassen. Sie hofften auf Abrißgenehmigungen, um dann Neubauten zu errichten, die höhere Mieten einbringen. Eine Modernisierung und Instandsetzung der Häuser hat kaum stattgefunden. So sind die Mieten zwar recht niedrig geblieben, die Wohnqualität läßt aber dementsprechend zu wünschen übrig. Die hohe Zahl von Wohnungen mit Außentoiletten oder ohne Bad sind ein Zeichen dafür.

Heute leben hier überwiegend ältere Menschen, StudentInnen, ausländische BürgerInnen, Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen, die auf billigen Wohnraum angewiesen sind. In jüngerer Zeit scheint es aber so, daß gerade diese Benachteiligten der Gesellschaft aus diesem Kiez verdrängt werden sollen. Das Gespenst private Modernisierung geht um. Private Modernisierung heißt, im Gegensatz zur Modernisierung mit Senatsgeldern, daß alle Arbeiten, die die Wohnqualität steigern, prozentual auf die Miete umgelegt werden können. Wenn Isolierglasfenster eingebaut oder Bäder installiert werden, können 11% der Kosten für diese Modernisierung auf die Jahreskaltmiete aufgeschlagen werden. Das können sich viele BewohnerInnen einfach nicht leisten.



Stephanstraße/Havelbergerstraße

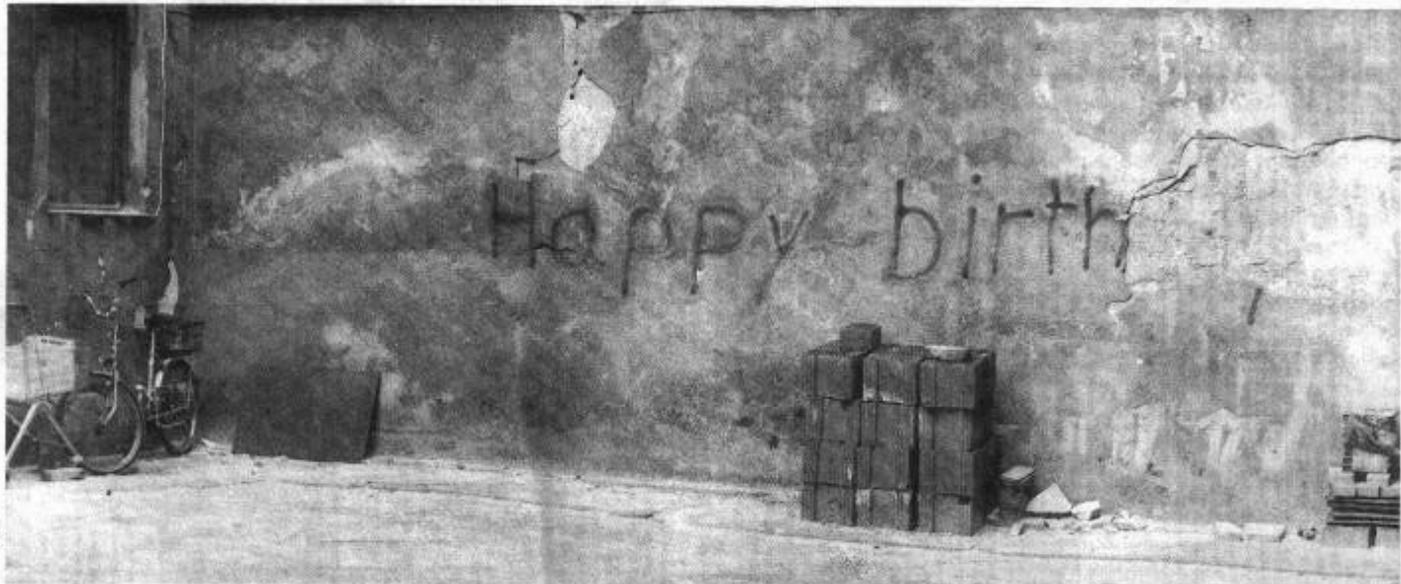
In der Stephanstraße 17 wird z.B. gerade eine private Modernisierung durchgeführt. Zur Zeit bezahlen die MieterInnen hier 4,30 DM pro Quadratmeter. Nach der Modernisierung, die Bädereinbau, Installierung einer Ölzentralheizung und ähnliches mehr beinhaltet, wird die Quadratmetermiete fast 8 DM betragen. „Es wird schwer“, sagte uns ein Mieter aus dem Haus. Auf die Frage, ob er denn mit seiner Familie hier wohnen bleiben könne, zuckte er nur resigniert mit den Achseln. Die ohnehin schon wenigen billigen Wohnungen werden also durch die privaten Modernisierungen so verteuert, daß viele Menschen aus dem

Kiez gedrängt werden und oft auf der Straße landen.

Durch öffentlich geförderte Modernisierung könnte dieses verhindert werden. Bei öffentlich geförderter Modernisierung beträgt die Quadratmetermiete im ersten Jahr 4,80 DM und steigt in den nächsten sieben Jahren um jeweils 20 Pfennige. Gleichzeitig müssen bei öffentlicher Förderung die notwendigen Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden. Bei Privatmodernisierung wird oft die Instandsetzung vernachlässigt, weil die Kosten hierfür nicht auf die Miete aufgeschlagen werden können.

Im Stephankiez gibt es kaum Grün

# Betonwüste!



Im Stephankiez gibt es kaum Grün, ein paar Straßenbäume und das war es dann auch schon. Viel mehr Lichtblicke gibt es abgesehen noch von ein paar begrünten Hinterhöfen im Stephankiez nicht. Freiflächen, wo Grünanlagen angelegt werden könnten, sind ebenfalls nicht vorhanden. Der Fritz-Schloß-Park gilt zwar als Grünanlage auch für den Einzugsbereich Stephankiez, aber er ist nur schlecht zu erreichen. Die Eingänge befinden sich in der Kruppstraße und in der Rathenower Straße. Das heißt, daß alle, die nördlich der Perleberger Straße wohnen, über diese stark befahrene Straße gehen müssen, um überhaupt in den Park zu gelangen. Für Kinder und ältere Menschen ist das ein gefährliches Unterfangen, denn die Ampeln sind so

schlecht geschaltet, daß man/frau nur im Laufschrift bei Grün die Straße einigermaßen gefahrlos überqueren kann. Zusätzlich kommt hinzu, daß die gesamte Kreuzung Rathenower/Perleberger Straße sehr unübersichtlich und verwirrend ist. Das führt häufig zu schweren Unfällen, in die meistens ältere Menschen und Kinder verwickelt sind. Erst vor ein paar Tagen wurde hier ein Kind auf einem Fahrrad angefahren und 15 Meter von dem Auto mitgeschleift.

Es ist also notwendig, innerhalb des Stephankiezes Möglichkeiten zu schaffen, die das Anlegen kleiner Grünoasen ermöglichen. Der Entwicklungsträger S.T.E.R.N., der die Stadterneuerung in Moabit betreut, hat noch keine konkre-

ten Planungen für gartenbauliche Maßnahmen. In Erwägung gezogen werden aber verstärkte Straßenbegrünung und die Anlegung von kleinen Vorgärten, wie es sie früher einmal gab. Im Rahmen der Modernisierung und Instandsetzung von Häusern sollen die Hinterhöfe begrünt werden. Wichtig ist vor allem aber, daß sich die im Stephankiez lebenden Menschen Gedanken über eine Verschönerung ihres Kiezes machen und diese auch äußern. Die BürgerInnenbeteiligung kann hierzu ein Forum bieten. Am **25. Juni 1990 um 19.30 Uhr** findet eine Informationsveranstaltung für den Stephankiez in der **Bruno-Lösche-Bücherei** statt. Hier soll der Anstoß zu einer BürgerInnenbeteiligung gegeben werden.



Neues Zuhause nach der Privatmodernisierung?

## Von Modernisierungsplänen zum Abriß

# Der übliche Gang der Dinge

Nach jahrelangem Wechsel zwischen Plänen für Abriß, Modernisierung, Instandsetzung und Neubau ist seit Anfang 1990 das endgültige Schicksal der Häuser in der Lübecker Straße 31 und 32 und der Ruine in der Perleberger Straße 38 geklärt: Sie werden mit Ausnahme des Hinterhauses in der Lübecker Straße 31 abgerissen und durch Neubauten ersetzt.

1985 plante der in Berlin hinlänglich bekannte und berüchtigte Architekt Vorderwühlbecke für den Eigentümer Zehrfeld den Abriß und Neubau des Hauses Lübecker Straße 32 und der Ruine in der Perleberger Straße 38 und

begründete dies mit der allgemeinen Baufälligkeit der Häuser sowie der schlechten Bodenbeschaffenheit. Die Mieter des Hauses Lübecker Straße 32 wehrten sich in der Folge vehement gegen den Abriß ihres aus der Gründerzeit stammenden Hauses. Sie beauftragten einen Architekten mit der Erstellung eines Gutachtens über das Haus und den moorigen Untergrund. Das Ergebnis: der Abriß ist nicht notwendig. Architekt Vorderwühlbecke beantragte nun Modernisierungs- und Instandsetzungsmittel für das Haus Lübecker Straße 32 so-

Fortsetzung nächste Seite

wie den Abriß der Ruine in der Perleberger Straße 38 mit anschließendem Neubau. Den Mietern in der Lübecker 32 drohte er trotzdem weiterhin mit Abriß und bot ihnen Neubauwohnungen im Wedding an. Die Folge war, daß viele MieterInnen auszogen und die meisten Wohnungen seitdem leerstehen. Vorderwühlbecke legte erst 1987 die Pläne für die Bauarbeiten vor. Als die Modernisierung danach endlich genehmigt werden konnte und das Geld von der WBK (Wohnungsbau-Kreditanstalt) dafür bewilligt war, waren noch 7 Mietparteien im Haus. In der Annahme, daß nun das Haus modernisiert und instandgesetzt würde, verließen 1988 drei weitere MieterInnen das Haus und bekamen eine „Zwischenumsetzwohnung“. Damit verbunden war die Zusage, daß sie im Herbst 1989 in ihre alten Wohnungen zurückziehen könnten.

Alles schien geklärt zu sein. Doch die MieterInnen hatten sich zu früh gefreut. Im gleichen Jahr wurden die Häuser Lübecker 32 und Perleberger 38 wieder verkauft. Nun an die Gesellschaft „Proterra“, deren Eigentümer Herr Brüggkamp ist.

1989 kaufte der Architekt Axel Gutzeit das Nachbarhaus Lübecker Straße 31 und stellte eine Bauvoranfrage mit dem Ziel, abzureißen und anschließend neu zu bauen. Ein Abriß dieses Hauses würde zu starken Schäden am Nachbarhaus Nummer 32 führen. Damit würde die Sanierung dieses Hauses zu teuer.

Das Bezirksamt gab daraufhin ein Gutachten über die Untergrundbeschaffenheit des gesamten Blocks in Auftrag. Das Ergebnis war, daß durch die im Untergrund vorhandene „Torflinse“ derart große Schäden am Haus Lübecker 31 entstanden waren, daß eine Sanierung nur mit unvertretbar hohen Mitteln möglich wäre.

Eine Torflinse ist eine Torfschicht im Erdboden, die durch die Eiszeit entstanden ist. In der Lübecker Straße erstreckt sich die Torflinse über den ganzen Block. Die Häuser Lübecker Straße 31 und 29 haben aufgrund dessen starke Risse und Versackungsschäden. Im Vorderhaus Lübecker Straße 31 mußten wegen dieser Versackungsschäden die Erker abgerissen werden. Im Nachbarhaus Lübecker Straße 32 gibt es aufgrund der Torflinse verhältnismäßig geringe Schäden. Reinhold Fischer, Mitarbeiter des neu in Moabit eingesetzten Entwicklungsträgers S.T.E.R.N., geht davon aus, daß eine Erhaltung des Hauses möglich wäre. In den 60er Jahren hatte die Besitzerin des Hauses die hintere Fassade neu verputzen lassen. Seitdem sind keine neuen Risse entstanden. Das deutet darauf hin, so Fischer, daß es am Haus keine weiteren Schäden gegeben hat.



Perleberger Straße 38/Lübecker Straße 32: „Torflinse“ kilt Häuser

Das Bezirksamt genehmigte aber 1989 den Abriß des Hauses Nummer 31 und stellte „Proterra“ die Genehmigung für Abriß und Neubau für Nummer 32 in Aussicht.

Dann kaufte die „Proterra“ das Haus Lübecker Straße 31 vom Architekten Axel Gutzeit hinzu. Inzwischen will die „Proterra“ alle Häuser an der Straßenecke, mit Ausnahme des Hinterhauses in der Lübecker Straße 31, abreißen lassen und dort Neubauten mit einer Höhe von bis zu 7 Stockwerken errichten lassen. Architekt für den Neubau soll Axel Gutzeit sein, der nun auch Miteigentümer der „Proterra“ wurde. Eine Genehmigung für den Neubau ist schon sicher. Seit Januar 1990 organisiert die Mieterberatungsstelle ASUM die Umsetzung der restlichen MieterInnen der beiden Häuser. Der Abriß soll im Herbst beginnen.

So fügt sich am Ende alles nach den Wünschen der Besitzer. Sie bekom-

men die Abrißarbeiten vom Senat finanziert und die Neubauten werden im öffentlich geförderten „sozialen Wohnungsbau“ errichtet. Später kassieren die Eigentümer schließlich Mieten von 9 bis 10 Mark warm pro Quadratmeter. Die MieterInnen des Hauses Nummer 32, die mit dem Versprechen der Modernisierung hinauskomplimentiert wurden, sind am Ende die Betrogenen. In einen Neubau will kaum einer von ihnen zurück ziehen.

S.T.E.R.N. ist dagegen, die Lübecker Str. 32, die noch zu retten wäre, abzureißen. Es sei aber wegen der Absprachen zwischen Stadtplanungsamt und dem Architekten Gutzeit nicht mehr möglich, den Abriß zu verhindern. Der Entwicklungsträger konnte immerhin durchsetzen, daß das Quergebäude der Nummer 31 als einziges stehenbleibt und saniert wird. Dort soll eine Kita mit 30 Plätzen für die neuen Bewohner der großen Sozialwohnungen hineinkommen.



## Die Planungen für den Huttenkiez

Die Wohnbebauung des heutigen Huttenkiezes stammt aus der Zeit um 1910. Im Anschluß an das Industriegebiet weiter östlich entstanden zum größten Teil kleine, notdürftig ausgestattete Wohnungen für Arbeiter. Die im Zweiten Weltkrieg zerstörten Häuser wurden durch Gewerbebauten ersetzt. Trotz der Wohnbebauung wurde das gesamte Gebiet im Baunutzungsplan von 1961 als Gewerbegebiet ausgewiesen. Wegen ihrer zentralen Lage blieb die Wohninsel aber bis heute erhalten. Bis Mitte der achtziger Jahre war die baurechtliche Situation des Gebiets zwischen Sickingenstraße, Wiebestraße, Kaiserin-Augusta-Allee und Charlottenburger Verbindungskanal unsicher. Aufgrund der Festsetzung als Gewerbegebiet durften keine öffentlichen Gelder für Instandsetzung und Modernisierung bewilligt werden. Erst im Flächennutzungsplan von 1984 wurde das Areal als sogenannte „gemischte Baufläche“ sowohl für Wohnen als auch für Gewerbe ausgewiesen. Damit ist die Wohnsituation rechtlich verbessert. Es dürfen keine das Wohnen störende Industrieansiedlungen mehr bewilligt werden.

Das Bezirksamt Tiergarten möchte nun einen Bebauungsplan aufstellen, mit dem die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, das Gebiet als

Wohngebiet zu erhalten und das umgebende Gewerbe dieser Situation anzupassen. Die Planentwürfe für die Umgestaltung der Hutteninsel können im Nachbarschaftsladen in der Huttenstraße 36 begutachtet werden. Diese Ausstellung ist Teil der vorgezogenen BürgerInnenbeteiligung, die die BewohnerInnen über die Absichten des Bezirks informieren soll. JedeR BewohnerIn hatte zwischen dem 23. April und dem 23. Mai die Möglichkeit, über eine Eingabe an das Bezirksamt seine/ihre Bedenken gegen bestimmte Planungspunkte geltend zu machen. Zum Teil ist dies bereits auf der Erörterungsveranstaltung zum Bebauungsplanvorentwurf am 15. Mai geschehen. Realisierbare Einwände sollen bei der Erarbeitung des Bebauungsplans berücksichtigt werden, wie Baustadtrat Porath (SPD) versicherte. Wenn dann dieser zweite Entwurf ausgearbeitet ist, wird es nochmals eine öffentliche Anhörung dazu geben.

### Probleme der Wohninsel

Im Huttenkiez fehlen vor allem Grünflächen, die Innenhöfe sind fast alle zubetoniert. Die AnwohnerInnen der Industriebetriebe müssen den ganzen Tag Staub und unangenehme Gerüche ertragen, die aus Lackierereien, Druckereien, einer Kaffeerösterei und einer Zigarettenfabrik kommen. Viele Autos

verbreiten Lärm und Gestank. Alles zusammen schafft ein Klima mit niedrigem Luftaustausch und hoher Luftverschmutzung. Tag und Nacht ist es wärmer und trockener, als im restlichen Moabit. Die Wohninsel ist eine der mit Schwefeldioxid, Stickoxid und Schwebstaubimmissionen am höchsten belasteten Gebiete Westberlins. Die Anbindung an das öffentliche Nahverkehrssystem ist mangelhaft. Die nächsten U-Bahnhöfe sind nur mit dem Bus oder dem Fahrrad zu erreichen, der S-Bahn-Nordring wird seit nunmehr zehn Jahren nicht mehr betrieben. Auf der anderen Seite existiert eine gute Anbindung an das Hauptverkehrsstraßennetz, unter anderem durch den Autobahnanschluß Beusselstraße.

Es gibt sehr viele Ein- und Zweizimmerwohnungen (90% aller Wohnungen), die selten Bäder oder Zentralheizung haben. Da die Wohninsel bis 1984 als (zukünftiges) Industriegebiet galt, konnten aus baurechtlichen Gründen keine öffentlichen Fördermittel zur Instandsetzung und Modernisierung investiert werden. Die Folge war eine Reihe von privat modernisierten Häusern, in denen dann auch die Mieten erheblich gestiegen sind. Der größte Teil der Häuser befindet sich in Privatbesitz. Bei etwa einem Viertel



### Kulturschock: Nachbarschaftsladen neben Plastikfabrik

der Wohngebäude stellte das im November 1987 vom Bezirk beauftragte Stadtplanungsbüro TOPOS „mittelschwere bis schwere“ Instandsetzungsmängel fest. Nach Befragungen durch TOPOS im Jahre 1988 beurteilten die BewohnerInnen den Wohnwert dennoch insgesamt positiv. Als gut wurden das „Sozialklima“, die Verkehrslage, die Ausstattung mit Kneipen und Cafés und das günstige Verhältnis der Wohnkosten zur Wohnqualität betrachtet. Negativ zu Buche schlugen Instandsetzungsmängel an Häusern, Wohnungen mit Ausstattungsdefiziten, Einschließung der Wohninsel durch Gewerbe, hohe Umweltbelastung und die unzureichende Ausstattung mit sozialer Infrastruktur besonders für Kinder (Kitas).

TOPOS sieht viele städtebauliche Mängel: im Krieg zerstörte Blockecken, die teilweise durch niedrigere Gewerbebauten ersetzt worden sind, Baulücken, dunkle und stickige Höfe, unverputzte Brandwände und zu wenig Bäume. Als besondere Qualitäten werden die unmittelbare Nähe zum Kanal, bauhistorisch wertvolle Gewerbebauten und wertvolle Elemente im Erscheinungsbild von Wohnhäusern herausgestellt.

### Bauplanungen

Das von TOPOS erarbeitete Konzept hat mehrere Schwerpunkte. Als erstes sollen die Baulücken geschlossen werden. Dies trifft für die Blockecken Neues Ufer zwischen Hutten- und Sickingenstraße, Hutten/Ecke Wiebe-

straße, Ufnaustraße 4-5, Huttenstraße Ecke Neues Ufer und Huttenstraße 29 zu.

Städtebauliche Mißstände, zum Beispiel schlechte Lichtverhältnisse und mangelnder Luftaustausch im Hinterhofbereich will TOPOS durch Abriß einiger Hinterhäuser und Seitenflügel korrigieren. Hierfür vorgesehen sind

die Hinterhäuser der Huttenstraße 25, das Gewerbegebäude der Huttenstraße 31, das Quergebäude der Ufnaustraße 13, die Klarenbachstraße 11 und 12 und die Kaiserin-Augusta-Allee 29.

Die Verbesserung der Wohnumgebung soll durch begrünte Freiflächen auf privatem und öffentlichem Boden erreicht werden. Die Umgestaltung der Kanalzone in ein Naherholungsgebiet trägt ebenfalls dazu bei.

Um die Verkehrsbelastung erträglicher zu machen, schlägt TOPOS vor, das Neue Ufer zwischen Hutten- und Sickingenstraße für den Verkehr zu sperren. Tempo 30 soll möglichst weiträumig eingeführt werden, um Lärm und Abgase einzudämmen.

Für die Neubauvorhaben müssen einige Industriebetriebe, wie zum Beispiel die Firma Passavant, die Firma Menzel und die Firma Brietzke, umgesetzt werden. Als neuer Standort könnten die BVG-Hallen genutzt werden.

Für die Modernisierung von einzelnen Häusern sind unter anderem der Einbau von Zentralheizungen und Bädern geplant. Diese Vorhaben sollen durch öffentliche Mittel finanziert werden, damit die Mieten bezahlbar bleiben. Das Problem dabei ist, so Ute Funk vom Entwicklungsträger S.T.E.R.N., daß die Kosten hierfür jährlich etwa 10 Millionen DM betragen würden, nur um die festgestellten Mängel an den Häusern zu beheben. Für das Jahr 1990 seien aber keine Gelder mehr zu erwarten.



Idylle Huttenstraße

Erster Erfolg der BI Huttenkiez:

# Keine Chemie in der Wiebestraße!

Am 15. Mai 1990 gab Baustadtrat Porath auf der Erörterungsveranstaltung zur Bürgerbeteiligung im Christlichen Jugenddorf bekannt, daß die Firma „Salzmännchen“ mit 95%iger Sicherheit nicht in die BVG-Hallen an der Wiebestraße umgelagert wird. Diese Nachricht bedeutete den ersten großen Erfolg der BI-Huttenkiez, die die Bedenken der BürgerInnen auf Veranstaltungen und durch Unterschriftenlisten am nachhaltigsten vertrat.

Die Firma „Salzmännchen“ handelt mit Chemikalien, unter anderem Säuren, Laugen und Salzen, von denen vor allem beim Transport und beim Umfüllen Gefahren ausgehen. Zur Firma gehören fünf 38-Tonner, die ab drei Uhr morgens die Nachbarn durch ihren Lärm aus ihren Betten geworfen hätten.

Bisher hatte die Firma ihren Standort auf dem Moabiter Werder. Da dort Wohnungen entstehen sollen, müssen die mehr als fünfzig Betriebe bis Ende des Jahres umgesetzt werden. Augenzeugen berichteten von Fässern mit übelriechenden Flüssigkeiten auf dem frei zugänglichen Gelände der Firma „Salzmännchen“ auf dem Werder.

Der Senat begründete seine Entscheidung, die Firma auf dem BVG-Gelände unterzubringen damit, daß angeblich



Von der Chemie verschont: Die BVG-Hallen

keine Alternativstandorte vorhanden waren. Jetzt, ganz offensichtlich unter dem Druck der BürgerInnen, den Baustadtrat Porath an die zuständige Senatsverwaltung weitergab, ist plötzlich innerhalb von vier bis fünf Wochen ein neuer Standort gefunden worden.

Die ursprünglichen Planungen für das

BVG-Gelände sahen direkt neben den dann von einer Chemiefirma belegten Hallen eine Kita mit sechzig Kindern im ehemaligen BVG-Verwaltungsgelände nebenan vor. Ein Grund mehr, sich als BetroffeneR frühzeitig schlaue zu machen und sich gegen obrigkeitliche Planungen gemeinsam mit den Nachbarn zur Wehr zu setzen!

## Die BürgerInnen des Huttenkiezes melden sich zu Wort

Am 10. April gründete sich die Bürgerinitiative (BI) Huttenkiez. Sie will die Interessen der BürgerInnen des Huttenkiezes bei den anstehenden Sanierungsproblemen vertreten. Bis jetzt wurde von der BI ein Forderungskatalog erarbeitet, der den betroffenen Menschen eine Diskussionsgrundlage ermöglichen soll.

Die BI fordert vom Bezirksamt, daß die BewohnerInnen der Hutteninsel über alle Planungen unterrichtet werden



Eggert Brammert  
von der BI Huttenkiez

und daß auf ihre Bedürfnisse eingegangen wird. Die BI und die BewohnerInnen stellen sich gegen den geplanten Abriß verschiedener Hinterhäuser und Quergebäude. Hier bekommen sie Unterstützung von Baustadtrat Porath, der auf einer Informationsveranstaltung am 15. Mai eindeutig sagte, daß kein Abriß ohne die Zustimmung der MieterInnen in Frage komme. Der Entwicklungsträger S.T.E.R.N. spricht sich ebenfalls gegen Abriß angesichts der Wohnungsnot aus. Weiterhin fordert die BI, den Huttenkiez im Bebauungsplan als allgemeines Wohngebiet festzusetzen. Das Revue-Gebäude soll als gemeinschaftliches und kulturelles Zentrum genutzt werden und vor den BVG-Hallen will die BI eine öffentliche Grünfläche.

Weitere Informationen zur Wohninsel sind über die BI zu bekommen. Diese trifft sich ab Donnerstag den 14. Juni alle vierzehn Tage im Nachbarschaftsladen Huttenstraße 36. Neue AktivistInnen oder einfach nur Interessierte sind herzlich willkommen.

# „Zusammenraufen“

## Interview mit dem Tiergartener Baustadtrat Horst Porath

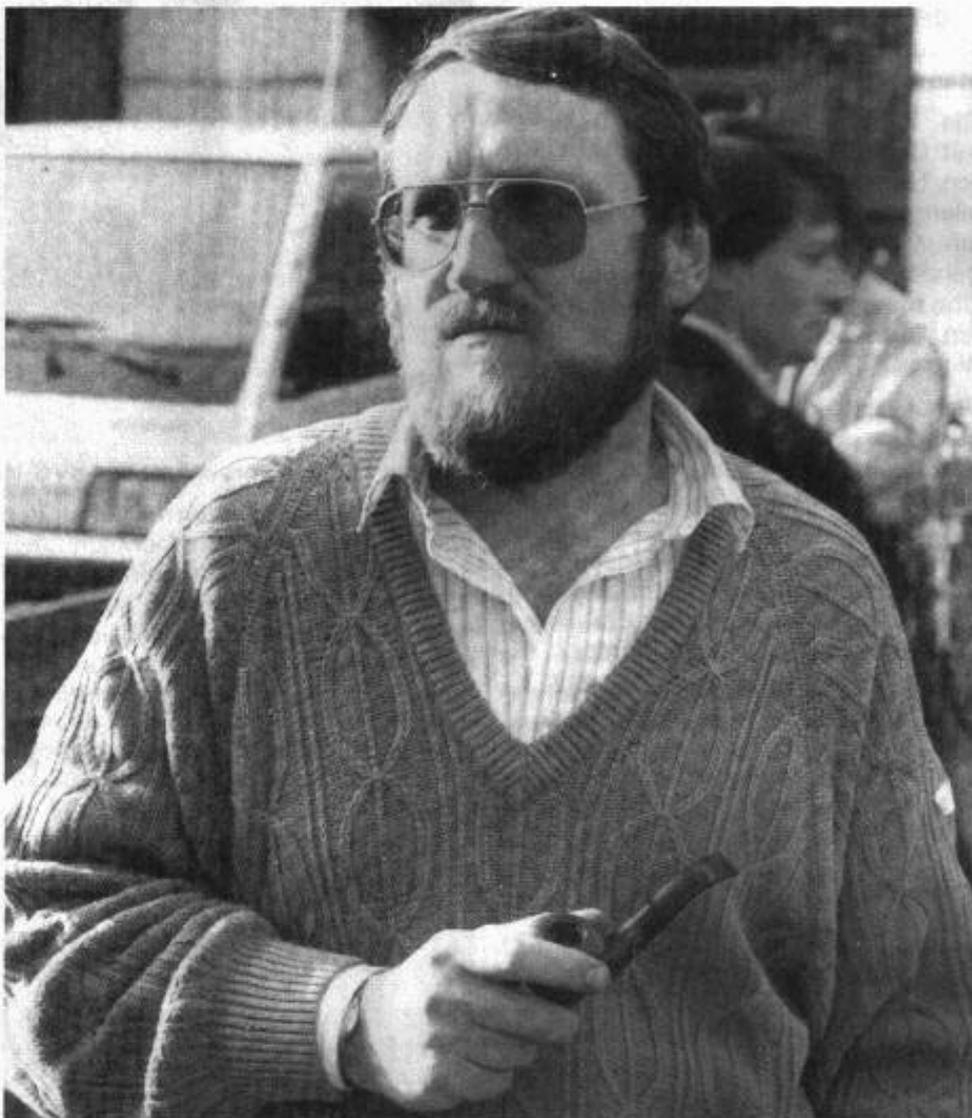
**Blickwinkel:** Welche Funktion sollte Ihrer Meinung nach die Bürgerbeteiligung bei der Stadterneuerung haben?

**Horst Porath:** Wir sind als neues Bezirksamt, das cirka ein Jahr im Amt ist, vor die Situation gestellt, daß wir – verursacht durch vergangene Anstöße auch von Bausenator Nagel – die Bürgerbeteiligung, die bisher nur in Sanierungsgebieten formal vorgeschrieben war, auch auf andere Bereiche ausdehnen wollen. Auch die Gebiete, die S.T.E.R.N. betreffen, müssen künftig mit einer Bürgerbeteiligung und einer Betroffenenbeteiligung bedacht werden. Diese Gebiete sind ja keine Sanierungsgebiete im eigentlichen Sinne, sondern sie sind nur als städtebauliche Maßnahmegebiete anerkannt worden. Dort haben wir jetzt die Möglichkeit, durch Einsetzen von Geldern auch eine Betroffenenbeteiligung zu fördern. Ziel und auch meine Intention ist es, die finanziellen Möglichkeiten so weit wie möglich auszuschöpfen, damit die Betroffenenräte in den einzelnen Gebieten auch vernünftig ausgestattet sind und vernünftig arbeiten können.

**Blickwinkel:** Wie sieht es konkret mit den finanziellen Mitteln aus?

**Porath:** Das wird noch die Frage sein. Wir werden uns noch alle zusammen darüber unterhalten müssen, welche Mittel wir für den gesamten Bezirk zur Verfügung gestellt bekommen und welche Mittel wir für eine Bürgerbeteiligung sinnvoll einsetzen können. Ein paar rechtliche Probleme gibt es noch in der Frage, wie der Rechnungshof reagieren könnte; aber ich meine, daß man da ziemlich offensiv rangehen sollte. Eine genaue Summe kann ich nicht sagen. Die Mittel müßten jetzt auch von den Bürgerinitiativen einmal angemeldet werden. Dann müssen wir zusehen, in welchen Bereichen und mit welchen Mitteln wir die Möglichkeit haben, dies zu finanzieren. Ich habe aber vor, hier so viele Mittel wie möglich einzusetzen.

**Blickwinkel:** Wäre es in diesem Zusammenhang möglich, eine Zeitung wie diese, die die Bürgerbeteiligung unterstützen soll, zu finanzieren?



**Porath:** Dies muß alles im Kontext zu den anderen Ausgaben gesehen werden, die die Bürger und die Betroffenenvertretungen haben wollen. Es wird sicher noch einen Unterschied machen, ob wir dies über die Betroffenenräte abwickeln können, oder über den Moabiter Ratschlag. Dann müssen wir sehen, wie wir die Gelder (Sanierungsförderungsmittel) dafür locker machen. Wir werden das erst einmal im Amt und dann mit allen Betroffenen zusammen sehen, wie wir das auf die Reihe kriegen.

**Blickwinkel:** Soll diese Zeitung von den Betroffenen selber oder von der Verwaltung erstellt und herausgebracht werden?

**Porath:** Nein, das soll eine Zeitung sein, die die Betroffenen selber machen. Die sollen sich ja selber artikulieren und ihre Probleme darstellen. Es wäre nur zu überlegen – aber da würde ich nicht drauf bestehen – ob in so einer Zeitung auch ein Beitrag vom Amt selber erscheinen soll, etwa um eine Sache klarzustellen oder eben die Sicht des Amtes darzustellen. Es wird ja unter Garantie keine Übereinstimmung in allen Bereichen geben. Wenn aber alle Betroffenen in Moabit meinen, sie müßten eine Zeitung ohne das Amt machen, dann ist das auch in Ordnung. Und wenn sie meinen, wir sollten uns daran mit einem Artikel beteiligen, wäre das auch kein Problem.

**Blickwinkel:** Welche Erwartungen haben sie an den Einsatz des Entwicklungsträgers S.T.E.R.N. in Moabit?

**Porath:** S.T.E.R.N. soll mit ein Motor sein für die Entwicklung hier in Tiergarten, besser gesagt in Moabit-Nord. Diese Möglichkeiten hat das Amt ansonsten in dieser Intensität nicht. S.T.E.R.N. ist ja nicht nur für die Modernisierung und Instandsetzung von Häusern vorgesehen, sondern auch für eine übergreifendere Planung. Wir hoffen, daß ein großer Schub für die Entwicklung in Moabit im Sinne von Stadtverträglichkeit und Umweltverträglichkeit passieren wird, daß ein bißchen mehr ressortübergreifender gedacht wird. Es soll eine vernünftige Planung fürs Ganze dabei herauskommen und nicht nur eine Teilbereichsplanung auf einen Block oder ein Haus bezogen. Gerade das Gebiet Lehrter Straße verlangt nach einem Ansatz, wo alle Beteiligten sich an einen Tisch setzen müssen. Dort hat S.T.E.R.N. eine große Aufgabe.

**Blickwinkel:** Wie schätzen Sie die Bereitschaft Ihrer Bezirksverwaltung ein, sich an der integrierten Planung zu beteiligen?

**Porath:** Es wird für alle Abteilungen der Verwaltung natürlich etwas völlig Neues sein. Für die Abteilung Bau- und Wohnungswesen wird es sicher in der ersten Zeit schwierige Anlaufphasen geben. Aber wie bei allem Neuen wird man sich zusammenraufen müssen, wenn man etwas für Moabit tun will. Dann werden auch alle Abteilungen an einem Strang ziehen müssen. Ich glaube, daß nach einer gewissen Einarbeitungszeit alle Abteilungen das Positive von S.T.E.R.N. in diesem Bereich anerkennen und dann auch vernünftig mitarbeiten werden.

**Blickwinkel:** Ist in nächster Zeit mit der Errichtung einer Stadtteilkommision Moabit, wie sie in dem Beteiligungsmodell von Helmut Knieper vorgeschlagen wurde, zu rechnen?

**Porath:** Das wird die Diskussion in den Betroffenenräten und im Moabiter Ratschlag zeigen, inwieweit so etwas ähnliches wie ein Stadtteilverein analog Tiergarten-Süd gewünscht wird. Wie ich das bisher verstanden habe, will der Moabiter Ratschlag so etwas sein. Ich glaube, daß das Verfahren, daß zur Bildung des Moabiter Ratschlages geführt hat, richtig gewesen ist. Die Verwaltung hat sich dabei weitestgehend zurückgehalten. Die Betroffenen müssen selbst artikulieren, was sie wollen und in welche Richtung sie gehen wollen. Wenn die Vorschläge auf dem Tisch liegen, dann wird es unser Part sein, sie so zu unterstützen, daß sie eine vernünftige Arbeit leisten können.

**Blickwinkel:** In welcher Form soll die

Beteiligung vor sich gehen? Gibt es einen runden Tisch mit den Betroffenen, Ratschlag, S.T.E.R.N. und der Verwaltung?

**Porath:** Bei den Betroffenenräten ist die Sache geklärt: da müssen alle an einen Tisch. Ansonsten werden wir für die Form der Zusammenarbeit mit allen Beteiligten zusammen eine Lösungsmöglichkeit finden. Ob das zweimonatlich oder dreimonatlich oder wie auch immer sein wird, das werden wir sehen. Es werden sicher auch Vorschläge von den Initiativen, von den Betroffenenräten, vom Ratschlag und vom Stadtteilverein kommen. Ich glaube aber nicht, daß die Bewohner von der Huttenstraße sich dafür interessieren werden, was in einzelnen Bereichen in der Lehrter Straße abläuft.

**Blickwinkel:** Zur Finanzierung von Stellen für Bürgerbeteiligung: Der Stadtteilverein Tiergarten-Süd hat kürzlich einen Brief von Bausenator Nagel erhalten, in dem dieser die Einrichtung eines eigenen Haushaltstitels ablehnt und den Stadtteilverein auf bezirkliche Mittel und eine bestehende Absprache mit dem Bezirk verweist.

**Porath:** Wir haben immer die Forderung nach einem Haushaltstitel aufgestellt. Ich halte das nach wie vor für eine sinnvolle Angelegenheit analog zu Kreuzberg. Was Nagel sicher meint, ist die Tatsache, daß wir aufgrund des Sanierungsgebietes und des Verdachtsgebietes in Tiergarten-Süd Mittel zur Verfügung haben für den Sachbereich. Das stand nie in Abrede. Die Frage war nur die, ob auch Personalmittel zur Verfügung gestellt werden. Dies kann nicht der Bezirk, das muß der Bausenator entscheiden; und der hat gesagt, daß dies nicht geht. Wir werden uns nun darüber unterhalten müssen, wie wir eine personelle Kontinuität in Tiergarten-Süd sicherstellen können. Aber der Bezirk Tiergarten kann hier keine Personalmittel einsetzen; das weiß auch Nagel.

**Blickwinkel:** Sie haben sich vor kurzem zusammen mit anderen Baustadträten gegen die beabsichtigte Kürzung der Mittel für öffentlich geförderte Modernisierung und Instandsetzung (Mod-Inst-Mittel) gewandt. Wieviele Mittel hat der Bezirk Tiergarten zur Zeit zur Verfügung?

**Porath:** Tiergarten hatte im letzten Jahr nur runde 6 Millionen gehabt, weil andere Mittel, die schon beantragt waren, aus Gründen, die beim Land Berlin gelegen haben, nicht ausgeschöpft werden konnten. Wir werden jetzt auf etwas über 20 Millionen kommen. Aber meiner Meinung nach reicht das immer noch nicht aus. Die Forderung, die meine Abteilung und S.T.E.R.N. aufgestellt haben, sind: mindestens 10 Mio DM zusätzlicher Sa-

nierungsmittel für den Bezirk Tiergarten. Die Haushaltsberatungen jetzt im Abgeordnetenhaus werden zeigen, inwieweit der Haushalt von Nagel mit Sanierungsförderungsmitteln ausgebaut wird oder eventuell sogar schrumpft. Davon hängt es ab, ob Tiergarten weniger als die ursprünglichen 20 Mio DM oder mehr Mittel bekommt.

**Blickwinkel:** Wie ist die momentane Situation bei der Bearbeitung von Modernisierungsanträgen?

**Porath:** Natürlich gibt es Anträge, die zur Zeit nicht bearbeitet werden können, weil das Volumen der Anträge in krassem Gegensatz zu dem steht, was wir bewilligt bekommen. Vor allem S.T.E.R.N. wird Schwierigkeiten haben. In den Bereichen, in denen S.T.E.R.N. arbeiten will, sind die Mod-Inst-Programmplätze bereits ausgebucht. S.T.E.R.N. ist erst letztes Jahr ins Gespräch gekommen. Die Programmplätze der Häuser für die kommenden Jahre sind schon davor festgelegt worden. Es haben schon Mieterversammlungen stattgefunden. In diesen Häusern wurde schon Leerstand herbeigeführt, damit saniert und instandgesetzt werden kann. Diese Häuser kann man natürlich jetzt nicht wieder rauschmeißen, wo die ganze Mieterbefragung und Mieterbeteiligung schon durchgeführt worden ist. Jetzt können wir nicht irgendwelche Häuser, die im Gebiet von S.T.E.R.N. liegen, vorziehen. Auch S.T.E.R.N. will das nicht. Deshalb fordern wir gemeinsam mit S.T.E.R.N. einen zusätzlichen Mittelantrag. Wenn die Mittel nicht aufgestockt werden, bedeutet das – salopp ausgedrückt –, daß für S.T.E.R.N. im Augenblick nichts übrig bleibt.

**Blickwinkel:** Legen Sie Hauseigentümern, die Anträge auf Privatmodernisierung stellen, nahe, öffentliche Gelder in Anspruch zu nehmen?

**Porath:** Wir wollen die Häuser mit öffentlichen Geldern modernisieren, weil die Miete eine andere ist, als bei Privatmodernisierung. Aber man kann keinen Hauseigentümer zwingen, öffentliche Gelder in Anspruch zu nehmen. Wenn er sich total stur stellt, wird er auch weiterhin privat modernisieren.

**Blickwinkel:** Wirken Sie darauf hin, daß Mod-Inst-Gelder genommen werden?

**Porath:** Wenn wir die Möglichkeit haben und sehen, daß wir ihm die Vorteile der öffentlichen Förderung schmackhaft machen können, ja. Aber wenn man auf totale Ablehnung stößt und auf keine Gesprächsbereitschaft, kann man nichts machen.

**Blickwinkel:** Herr Porath, wir danken für das Gespräch.

# Moabiter Ratschlag Der Versuch BürgerInnenbeteiligung zu organisieren

Versuche, die verschiedenen Initiativen in Moabit einander näherzubringen, hat es auch in der Vergangenheit einige gegeben. So gab es schon Mitte der 70er Jahre das Stadtteilplenum im Umfeld der damaligen Stadtteilzeitung einundzwanzig, Anfang der 80er Jahre das Kiezbündnis, in dem während der Hausbesetzerzeiten nicht nur berufsmäßig Betroffene mitarbeiteten und zeitweilig übernahm auch die Alternative Liste, die ohne die Basisinitiativen überhaupt nicht zustande gekommen wäre, die Funktion, diese zu bündeln. Im Sommer 1988 gelang es zum 1. Moabiter Stadtfest wieder, viele Gruppen zusammenzubringen: es bildete sich der Kulturverein Mo 21. Erst letztes Jahr wurde im A-Laden in der Rathenower Straße mit dem Kiezpalaver ein neuer Anstoß versucht. Anders als in Kreuzberg (Verein SO 36) und in Tiergarten-Süd (Stadtteilverein Tiergarten e.V.) kam es in Moabit aber nie zu dem Versuch, alle Initiativen in einem gemeinsamen Dachverband zusammenzuschließen. Die Vereinsgründung des Moabiter Ratschlags ist in dieser Hinsicht Neuland.

Zunächst als Diskussionsforum begann der Moabiter Ratschlag im Januar und Februar dieses Jahres damit,

BürgerInnenbeteiligung bei der Stadterneuerung zu thematisieren. Die Entscheidung des Senats, einen Entwicklungsträger (S.T.E.R.N.) für in der Vergangenheit vernachlässigte Gebiete im Moabiter Norden einzusetzen und die Aktivitäten zu der Bundesgartenschau 1995, die zu einem großen Teil in Moa-



Marion Scholz (Vorstand)

bit stattfindet, nährten den Wunsch nach festeren Arbeitsformen: der Moabiter Ratschlag e.V. wurde gegründet.

In erster Linie soll er ein Organ der aktiven BürgerInnenbewegungen in Moabit werden und von diesen auch in seinen Aktivitäten gesteuert werden. Die Vereinsgründung wäre verfehlt, wenn sich der Verein von der Bindung zur Basis lösen oder zur Konkurrenz von BürgerInneninitiativen entwickeln würde. Eine Geschäftsstelle ist zur Zeit im Aufbau und soll in den Räumen des Betroffenenrates Lübecker Straße in der Lübecker Straße 13 residieren.

Leni Wolf und Helmut Knieper von der Geschäftsstelle des Moabiter Ratschlag sehen ihre Aufgabe zuerst darin, die unterschiedlichen Ansichten der Einzelpersonen und Gruppen zusammenzubringen und „Zentrifugalkräfte“ abzubauen. Diese BürgerInnen stammen oft aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen und haben von daher auch berechtigte unterschiedliche Interessen. In Gebieten, in denen arme Leute wohnen, ist es wichtig, darauf Einfluß zu nehmen, daß die Mieten nicht steigen.

Die Hauptfunktion der Geschäftsstelle besteht darin, die Kontakte der Bürge-

## BürgerInnenbeteiligung

Die Beteiligung von BürgerInnen an den öffentlichen Entwicklungsplanungen im Städtebau wurde erst in den 70er Jahren eingeführt. Bürger und Bürgerinnen wurden zwar auch schon vorher an kommunalen Planungen beteiligt, aber dies betraf nur GrundstückseigentümerInnen und allenfalls Gewerbetreibende, deren Planungen mit der Verwaltung zwangsläufig abgestimmt werden mußten. Erst mit dem verstärkten Versuch, die eigenen Interessen der BürgerInnen in Form von Protestaktionen und gemeinschaftlichem Widerstand gegen bürokratische Vorhaben durchzusetzen, wuchs die Bereitschaft, Betroffene an Planungsvorhaben zu beteiligen. Das hatte durchaus praktische Gründe für die Verwaltung: Je eher sie von möglichen Konflikten mit später einmal protestierenden BürgerInnen Kenntnis erhält, desto eher ist sie in der Lage, diese Konflikte zu vermeiden

und so auch eine Unmenge Verwaltungsarbeit und Planungskosten zu sparen.

So wird die Beteiligung von BürgerInnen heute in §3 des Baugesetzbuches zum Programm erhoben:

„Die Bürger sind möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebietes in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihnen ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.“

Für verschiedenste Kommunalplanungen ist die Beteiligung von BürgerInnen zwingend vorgeschrieben. Leider hat es sich in der Praxis gezeigt, daß die Bereitschaft der Verwaltung zur Beteiligung Betroffener oftmals kaum über das gesetzliche Mindestmaß hinausgeht. Wenn die

BürgerInnenbeteiligung aber lediglich als zusätzliche Verfahrensnuance verstanden und gehandhabt wird, dann läuft sie ins Leere.

Im Interesse sowohl der planenden Verwaltung, als auch der Betroffenen sollte BürgerInnenbeteiligung

- nicht auf formale Beteiligungsakte beschränkt sein
- die Planung inhaltlich verändern
- eine politische Auseinandersetzung mit dem BürgerInnenwillen einschließen.

BürgerInnen dürfen bisher nur mitreden, aber nicht mitentscheiden. Die Entscheidungen behalten sich die PolitikerInnen vor. Noch so überzeugend vorgetragene Argumente der beteiligten BürgerInnen können dabei „übergeordneten Gesichtspunkten“ geopfert werden oder im Kompetenzwirrwarr, wie zum Beispiel zwischen Senatsverwaltung und Bezirksverwaltung, zerrieben werden.

rinneninitiativen zu fördern, AnsprechpartnerInnen in der Verwaltung zu vermitteln, Grundinformationen zu beschaffen und aufzuarbeiten und Tips und Ideen aufzugreifen. Kontrolliert wird die Geschäftsstelle von dem mit InitiativenvertreterInnen erweiterten Vorstand, damit sie sich nicht zu einer Art BürgerInneninitiativen-Beratungsstelle des Bezirksamts entwickelt. Nach einer mehrmonatigen Organisationsphase will sich der Moabiter Ratsschlag jetzt wieder übergreifenden politischen Themen zuwenden.



Leni Wolf (Geschäftsführung)



Gerda Kurzhals (Vorstand)

## Aufruf des MOABITER RATSSCHLAGS

Die Stadtplanung des Senats war in Moabit nie eine Planung für die Interessen der BewohnerInnen. Containerbahnhof, Industrieansiedlungen, Schlachthof sind nur einige Beispiele für die Ausnutzung Moabits als Abstellplatz für Einrichtungen, die ganz Westberlin zugute kommen.

Der Verfall ganzer Straßenzüge, eine hohe Belastung durch den Nord-Süd-Durchgangsverkehr und die überdurchschnittliche Schadstoffbelastung der Luft sind die Folgen verfehlter Stadtplanung.

Die Geschehnisse in der DDR werden auch für Moabit einschneidende Veränderungen nach sich ziehen. Das Feilschen um den Potsdamer Platz liefert einen Vorgeschmack, wie auch Moabit in naher Zukunft hauptstadttauglich verplant werden wird.

Von „Olympia in beiden Teilen der Stadt“ wird nicht mehr nur geträumt – in West und Ost wird bereits konkret geplant. Das Poststadion in der Lehrter Straße soll zu einem Olympiastadion ausgebaut werden mit den dazugehörigen Parkplätzen. Ein Tiefbahnhof – ebenfalls im Bereich der Lehrter Straße – ist geplant.

Der Moabiter Werder wird zur Hochhaus-Yuppie-Stadt, die zur Zeit dort ansässigen Gewerbebetriebe sollen in weniger begehrte Gebiete umgelagert werden.

Als Folge dieser Planungen werden die Mieten für Läden und Wohnungen schneller und stärker steigen als bisher schon. Die Menschen, die in diesem Stadtteil von Westberlin leben und arbeiten, gehören zu den ärmsten. Sie werden nicht hier bleiben können, wenn nichts und niemand diese Entwicklung bremst. „Behutsame Stadterneuerung“ und „ökologischer Stadtumbau“ sind notwendig. Doch darf dies nicht dazu führen, daß die hier lebenden Menschen aus ihrem Kiez verdrängt werden. Um das zu verhindern, braucht Moabit eine starke BürgerInnenbeteiligung. Denn: Die besten Experten eines Stadtteils sind seine BewohnerInnen!

Der MOABITER RATSSCHLAG ist ein Zusammenschluß von Menschen aus verschiedenen Initiativen und sozialen Einrichtungen des Stadtteils. Sie haben sich zur Aufgabe gestellt, eine umfassende BürgerInnenbeteiligung zu verwirklichen. Ziel des Vereins ist es, ein Verfahren unter dem Motto STRATEGIEN FÜR MOABIT zu entwickeln, das die Lebensverhältnisse für die hier Wohnenden verbessert.

Das heißt:

- Aufbau einer öffentlichen BürgerInnenbeteiligung im Planungs- und Durchführungsprozeß der Stadterneuerung
- Konkrete Maßnahmen zur Beseitigung von Not und Armut
- Sicherung aller Wohn- und Existenzverhältnisse – Keine Verlagerung sozialer Probleme!
- Die dauerhafte Gewährleistung sozial tragbarer und bezahlbarer Mieten
- „billige Prachtstraßen“ ohne Lärm, Gestank, Spielhöhlen und Videototum
- einen „Moabiter Park“, im Nordwesten des Bezirks, eine „grüne Lunge“ auf Eisenbahnbrachflächen
- Die Verwirklichung der „grünen Mitte“ und der Grüntangenten
- Eine Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik, die nicht ausgrenzt, entmündigt und isoliert, sondern auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht
- Das Ballhaus Tiergarten als Kultur- und Informationszentrum
- Ausbildungs- und Arbeitsbeschaffungsprojekte
- Eine breite Öffentlichkeit gegen AusländerInnenfeindlichkeit durch wohnungsnahen Nachbarschaftseinrichtungen, die die übliche Trennung zwischen Menschen unterschiedlicher Generationen, Nationalitäten und Leistungsfähigkeit aufheben!

Unsere Forderungen an das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung (BVV):

1. Rechtliche Anerkennung und finanzielle Absicherung der BürgerInnenbeteiligung
2. Mitarbeit der KommunalpolitikerInnen im MOABITER RATSSCHLAG
3. Beschließung der „Zwölf Grundsätze für eine behutsame Stadterneuerung“ durch die BVV und damit Verpflichtung zu einer sozialen und ökologischen Bezirkspolitik
4. Keine Beschlüsse hinter verschlossenen Amtstüren ohne Beteiligung der Betroffenen
5. Eine transparente Öffentlichkeitsarbeit.

Unsere Forderungen an das Abgeordnetenhaus und den Senat von Berlin:

**POLITISCHE UND FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG DER STRATEGIEN FÜR MOABIT**

Unterstützt haben diesen Aufruf unter anderem Sabine Nitz-Spatz, Stadträtin für Gesundheit in Tiergarten, Hartmut Berger, Mitglied des Abgeordnetenhaus für die AL.

## Rathaus

Rathaus (Tel.: 3905-0)

**Fraktionsbüros (Sprechzeiten):**

AL: Mo 14 – 18 Uhr, Tel.: -2258 SPD: Mo 16 – 17.30 Uhr, Tel.: -2285 CDU: Mo, Di 13 – 18 Uhr; Mi, Do 11 – 16 Uhr; Fr 13 – 16.30 Uhr, Tel.: -2309

**Bezirksamt:**

Bürgermeister (Naujokat): Tel.: -2200 oder -2300 Stadtrat für Volksbildung (Schmidt): -2230 Stadtrat für Sozialwesen (Ernst): -2240 Stadträtin für Jugend und Sport (Withake-Scholz): -2330 Stadträtin für Gesundheit (Nitz-Spatz): -3250 Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft (Urban): 2290 Stadtrat für Bauwesen (Porath): -2260

Leiter des Stadtplanungsamtes (von Bülow): -2263 Leiter der Sanierungsverwaltungsstelle (Ziegler): -2402 Leiter des Wohnungsamtes (N.N.): -2229 Leiter des Tiefbauamtes (Schilcher): -2264 Leiter des Gartenbauamtes (Albrecht): -2580 Leiter des Grundstücksverwaltungsamtes (Plutowski): -2295

Bürgerberatungsstelle: 2533 oder -2534

## Initiativen

**BI Westtangente**

Regelmäßige Treffen: jeden Donnerstag um 19 Uhr in der Cheruskerstr. 10, 1/62 Kontakt: Tel.: 784 91 61

**BI Wohnen-contra-Justizfestung**

Regelmäßige Treffen: jeden 1. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Cafe Scheselong, Wilsnacker Str. 61, 1/21 Kontakt: Tel.: 394 66 63 (Ostola Hoffmann), 394 47 48 (Roswitha Dahme)

**BI Stephankiez (in Gründung)**

Nähere Auskünfte erteilt gerne: Klaus, Tel.: 395 64 45 (Erstes Bewohnerforum in der Bruno-Lösche-Bücherei am 25. Juni 1990 um 19.30 Uhr)

**BI Huttenkiez**

Regelmäßige Treffen: ab 14. Juni 14-tägig immer donnerstags, 19 Uhr im Nachbarschaftsladen, Huttenstr. 36, 1/21 Kontakt: Tel.: 345 18 48 (Eggert oder Uta) werktags 16 - 20 Uhr

**BI Lehrter Straße für eine billige Prachtstraße**

Regelmäßige Treffen: jeden Freitag um 19 Uhr im Betroffenenratsladen Lehrter Str. 26, 1/21 Kontakt: Tel.: 394 73 18 (Susanne Torka), 394 81 12 (Thomas Hein), 394 15 24 (Andrea von Herman)

**BI Kleingärtner Lehrter Straße I**

Kontakt: Tel.: 462 32 42 (Frau Schöso)

**BI Kleingärtner Lehrter Straße II**

Kontakt: Tel.: 394 21 02 (Herr Waschke)  
Gemeinsame Treffen der Kleingärtnerinitiativen I und II: jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr im Betroffenenratsladen Lehrter Str. 26, 1/21

**BI Karnickelberg**

Regelmäßige Treffen: jeden 2. Donnerstag im Monat in der Kirchstr. 22, 1/21; nächstes Treffen am 14. Juni um 19 Uhr mit Workshop "Verkehrsberuhigung" Kontakt: Tel.: 393 38 14 (Walter Bühler)

**BI Turmstraße**

Kontakt: Tel.: 396 89 23 (Wolfgang Seyfert)

## Betroffenenräte

**Moabiter Ratschlag e.V.**

Unregelmäßige Treffen Kontakt: Vorstand: Tel.: 396 89 23 (Wolfgang Seyfert), 394 51 37 (Gerda Kurzhals), 394 47 27 (Marion Scholz) Provisorische Geschäftsstelle: Lübecker Str. 13, 1/21 (Betroffenenratsladen); Bürozeiten: montags 10 – 12 Uhr und 17 – 19.30, dienstags 10 – 12.30 Uhr und freitags 10 – 12 Uhr

**Betroffenenrat Unionsplatz**

Unregelmäßige Treffen im Laden Bremer Str. 42, 1/21, (Tel.: 3905-2547) Kontakt: Tel.: 396 11 43 (Frau Schoen)

**Betroffenenrat Lübecker Straße**

Regelmäßige Treffen: montags um 20 Uhr im Betroffenenratsladen im Tucholski-Haus, Lübecker Str. 13, 1/21 Kontakt: Tel. 394 31 50 (Christoph Meny), 394 54 60 (Bernd Ludwig)

**Betroffenenrat Lehrter Straße**

Regelmäßige Treffen: jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr im Betroffenenratsladen Lehrter Str. 26, 1/21 Kontakt: Tel.: 394 15 24 (Andrea von Herman)

## Der Rest

**S.T.E.R.N.** Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung Berlin m.b.H.

Köpenicker Str. 154a, 1/36, Tel.: 610 003-0 Zuständigkeit für: - Huttenkiez: Frau Funk, Tel.: -67 - Lehrter Straße: Herr Rösener, Tel.: -63 - Stephankiez: Herr Fischer, Tel.: -67 Büro in Moabit: Alt Moabit 105a, 1/21

**Mo 21 e.V. – Kulturinitiative für den Erhalt des Ballhauses Tiergarten**

Regelmäßige Treffen: jeden Donnerstag 19.30 Uhr im Cafe Scheselong, Wilsnacker Str. 61, 1/21 Kontakt: Tel.: 396 32 62 (Ingeborg Stüber), 394 36 19 (Leni Wolf), 395 32 46 (Uli Rohmann)

**Seniorenvertretung Moabit**

Regelmäßige Treffen: donnerstags zwischen 10 und 12 Uhr im Haus der Gesundheit, Turmstr. 22, Raum 01 Kontakt: Tel.: 394 51 37 (Gerda Kurzhals)

**Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Mieterberatung GmbH (ASUM)**

Geschäftsstelle: Wilsnacker Str. 63, Tel.: 394 56 26; Sprechzeiten: dienstags 16 – 18 Uhr

**Sozialpädagogisches Institut Berlin – Walter May – (SPI)**

Prinzenallee 74, 1/65 Tel. 493001-10

**Stadtteilverein Tiergarten**

Regelmäßige Treffen: dienstags 19.30 Uhr in der Pohlstr. 89, 1/30. Sprechzeiten: montags 9 – 12 Uhr, dienstags 16 – 19 Uhr und donnerstags 10 – 13 Uhr Tel. 262 72 13

## Kontakte & Adressen

**Wohnstatt GmbH (Sanierungsträger)**

Rauchstr. 11, 1/30 Tel. 261 80 57

**Allgemeiner Deutscher Fahrrad Club (ADFC) – Stadteilgruppe –**

Regelmäßige Treffen: jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr im Cafe Scheselong, Wilsnacker Str. 61 Kontakt: Tel.: 393 65 45 (Uta Wobit)

**Grüne Radler Berlin**

Regelmäßige Treffen: jeden 1. Montag im Monat um 19 Uhr in der Cheruskerstr. 10, 1/62 Kontakt: Tel.: 392 48 49 (Herr Schwenzel)

**Arbeitskreis Verkehr und Fußgängerschutzverein FUSS e.V.**  
Ortsgruppe Berlin

Regelmäßige Treffen: jeden 1. Mittwoch im Monat um 18 Uhr in der Kirchstr. 4, 1/21 Kontakt: Tel.: 392 61 46

**Berliner Mietergemeinschaft**

Sprechzeiten: werktags 10 – 13 und 14 – 18 Uhr, mittwochs 10 – 13 und 16 – 17.30 Uhr in der Möckernstr. 92, 1/62. Beratungstermine in Moabit: montags 18 – 19 Uhr bei der Arbeiterwohlfahrt, Turmstr. 71 und mittwochs 18 – 19 Uhr im BALZ, Emdener Str. 6 Tel.: 216 80 01

**Berliner Mieterverein**

Sprechstunden: werktags 9 – 18 Uhr, freitags 9 – 16 Uhr in der Spichernstr. 12, 1/30 Tel.: 211 50 96

## Impressum

**Redaktion**

Hannelore Petroschka,  
Rathenowerstr. 24, 1/21 (v.l.S.d.P.)  
(394 52 93)

Silke Ammerschubert  
(454 13 84),

Ulf Millauer (393 80 79),

Bernd Rendel (394 18 72),

Alexander Hahn (396 58 11)

**Photos**

Ulf Millauer

**Gastbeitrag in dieser Ausgabe**

Uli Morgenstern

**Druck und Repro**

theta coopera

Genter Straße 8, 1/65

**Satz**

Eigensatz bei Satzinform

Nachdruck von Artikeln und Fotos auch auszugsweise nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.